

H a u s h a l t s r e d e
des Kreistagsmitgliedes
Udo Gabriel (PDS)

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

zunächst möchte ich den Beschäftigten der Verwaltung für die Aufstellung des Haushaltsentwurfes meinen Respekt zollen und danksagen.

Der Herr Kreisdirektor und Kämmerer Rainer Stratmann hat in seiner Rede zur Einbringung des Haushaltes vorsichtigen Optimismus verbreitet.

Die erfreuliche Entwicklung der Umlagegrundlagen hat es möglich gemacht den vorgegebenen Kurs des Haushaltssicherungskonzeptes zu verlassen und den geplanten Hebesatz der Kreisumlage von 48% bei 46,5% zu belassen.

Dieser durchaus ehrenvolle Verzicht auf Vorangekündigtes beläuft sich auf immerhin 6,07 Mio. Euro und hat zur Folge, dass der Ausgleich gemäß Haushaltssicherungsgesetz und der Regierungspräsidentenvorgabe genau mit Punktlandung geschafft wird und kein Plus überbleibt.

Was dieser Verzicht in der Gesamtschau bedeutet, wird deutlich, wenn die durchschnittlichen Mehreinnahmen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden von 12,2% zur ursprünglich geplanten Kreisumlagen-erhöhung von 1,5% in Relation gesetzt wird.

Hier ist die sprichwörtliche und bekannte solidarische Haltung des Kreises Unna gegenüber seinen Städten und Gemeinden wohl treffender als selbst kasteiender Altruismus zu bezeichnen.

Nach der turbulenten und schwierigen Haushaltsverabschiedung des letzten Jahres hat sich der Kreistag auferlegt mit externer Hilfe im Rahmen einer Finanzstrukturkommission nach Lösungen zu suchen.

Die Gemeindeprüfungsanstalt NRW hat uns in zum Teil bunt bebilderten PowerPoint-Präsentationen mit den anderen Kreisen des Landes verglichen und Einsparpotentiale aufgezeigt, immer unter dem Gesichtspunkt: „Gibt es billigere Kommunen“.

So wurden die mitwirkenden Kreistagsabgeordneten aufgemuntert die Verwaltung zu Lasten der Bürgerfreundlichkeit zu malträtieren.

Ein Qualitätsvergleich wurde nicht vorgenommen, da es in den vergleichenden Betrachtungen nur um notwendige Versorgung ging.

Auch nach Möglichkeiten neue Finanzquellen zu erschließen wurde nicht gesucht, ja ich wurde wegen dieses Vorschlages gleich in der ersten Sitzung belächelt.

Hier ist beispielhaft das bundesweit beachtete Vorbild der Rekommunalisierung der Abfallentsorgung in Bergkamen zu nennen.

Mir schienen bei manchen Teilnehmern die obersten Ziele kw-Vermerke und Privatisierungen zu sein.

Der Stellenplan des Kreises Unna ist unter Mitbestimmung des Personalrates erarbeitet worden und enthält auf Vorschlag der Finanzstrukturkommission 35 Stellenstreichungen, die freundlich Einsparungen genannt werden.

Nach Aussage des Personalrates arbeiten die Beschäftigten am Leistungslimit.

- In vielen Bereichen ist keine Urlaubsvertretung mehr möglich, die Arbeit bleibt liegen

und stapelt sich zu Frustbergen. Viele Beschäftigten kommen nur noch zur Schnapp-
tmung an die Oberfläche.

- Die Zahl der Ausgebrannten steigt und die Wiedereingliederungsbereitschaft sinkt mit steigender Stellenknappheit. Hier ist in hohem Maße die Fürsorgepflicht des Dienstherrn gefordert, den Gesundheitsschutz der Beschäftigten sicherzustellen.
- Die Qualität der Ausbildung ist aufgrund des Leistungsdrucks in einigen Ämtern nicht mehr hinreichend.
- Die Personalentwicklung durch Lehrgänge und Qualifizierungen muss intensiviert weitergehen, so wurde beispielsweise das Suchtkrankenseminar zuletzt im Jahre 1999 wahrgenommen, die Folge ist eine zunehmende Hilflosigkeit bei Vorgesetzten im Umgang mit Betroffenen.

Kurz: Es ist überall zu wenig Luft um das Niveau der Verwaltung zu halten. In dieser Situation weitere Stellenstreichungen vorzusehen, ist für das Gros der Beschäftigten und auch für uns nicht nachvollziehbar.

Wir werden nicht mithelfen die katastrophale kommunale Finanzausstattungspolitik von Bund und Land zu Lasten der Lebensqualität, der Bürgerfreundlichkeit und der Beschäftigten umzusetzen.

Was das neue Gemeindefinanzierungsgesetz NRW den Kommunen Gutes tut, war der Landesregierung in der Summe dann wohl offensichtlich doch zuviel, sodass sie das Gute nach dem Prinzip „rechte Tasche – linke Tasche“ gleich wieder mit neuen Belastungen relativierte. Um es deutlich zuzusagen, die kommunale Finanzausstattung durch die Gesetzgeber Bund und Land ist noch immer geringer als in den 90-er Jahren.

Obwohl, Geld ist genug da, es soll aber für eine imperiale Großmanns-sucht verschwendet werden.

Gegenwärtig bereiten bekannte Stahlhelmpolitiker und Überdehner des Grundgesetzes gegen den mehrheitlichen Willen der Bundesbevölkerung eine noch weiter ausgedehnte Teilnahme am Krieg in Afghanistan vor. Der Führer der Taliban Mullah Dadullah prophezeit für 2007 das blutigste Jahr seit 2001.

Selbst Althardliner Helmut Schmidt und Peter Gauweiler warnen davor, über Ultimaten und Gegenultimaten in eine neue Art von Weltkrieg gegen 1,4 Milliarden Muslime hineinzuschlit-
tern.

Die hohen, mörderischen Kriegs- und Rüstungsausgaben der Bundes-republik hälftig in Entwicklungs- und Kommunalpolitik gesteckt, das wäre Entspannung und Friedensförderung nach Außen und Innen.

Nun zu unserem Abstimmungsverhalten:

Wir von der Linkspartei.PDS werden bei den Einzelanträgen zum Haushalt gemäß unserer Couleur abstimmen und somit einflussnehmend mitwirken.

Den Haushalt und den Stellenplan als Ganzes werden wir ablehnen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.